

Gemeinderat von Zürich

29.09.04

Interpellation

von Roger Bartholdi (SVP)
und Monika Erfgen (SVP)

GR Nr. 2004/ 527

Gemäss der Pressekonferenz vom 28. September 2004 beabsichtigt der Stadtrat nach Auslaufen des letzten Kredits die so genannte "Städtepartnerschaft" mit Kunming auch ohne direkte Kostenfolge weiterzuführen. Als im Jahr 2000 die Stimmberechtigten über einen Kredit entscheiden konnten, versprach der Stadtrat, im Rahmen dieser Städtepartnerschaft die Menschenrechtsfrage in China einfließen zu lassen. Ein Erfolg blieb aus. Wie man Presseberichten entnehmen kann, werden in China und auch in Kunming nach wie vor andersdenkende Menschen verfolgt, inhaftiert, gefoltert und getötet.

Wir bitten den Stadtrat daher um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China sowie in der Provinz Yünnan mit der Hauptstadt Kunming?
2. Welche Projekte zur Verbesserung der Menschenrechte konnten aufgrund der Städtepartnerschaft realisiert werden? (Wir bitten um detaillierte Auflistung nach Projekt, Aufwand, Erfolg und Öffentlichkeitsarbeit.)
3. Wann und in welcher Form wurde den Behörden von Kunming die Absicht zur Kenntnis gebracht, dass diese "Städtepartnerschaft" auch die Verbesserung der Menschenrechte zum Ziel haben soll? Wie haben die Behörden reagiert und was wurde unternommen?
4. Welche Massnahmen beabsichtigt der Stadtrat in Zukunft zu ergreifen, um auf die Menschenrechte hinzuweisen und deren Beachtung in Kunming hinzuwirken?
5. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass bei den - in Zukunft offenbar vom DEZA finanzierten - Entwicklungshilfe-Projekten als Gegenleistung die Freiheit, Demokratie und die Menschenrechte in Kunming nachhaltig gefördert werden?
6. Warum ist nach Ansicht des Stadtrates Entwicklungshilfe für ein Land notwendig, welches Milliarden in seine Rüstungs- und Raumfahrtprogramme investiert und neuerdings über eine Formel 1-Rennstrecke verfügt?

